

# BERLINER STADTBLOTT

MITTE

**JETZT DEN  
DECKEL DRAUF:**

„Berlin ist Spielplatz  
von Investoren und  
Kapitalanlegern“

**SEITE 8**

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK MITTE · AUSGABE MAI 2019

**EIN SOZIALES EUROPA –  
FÜR ALLE**



Foto: Carolin Weinkopf

**Liebe Leserinnen  
und Leser!**

„Europa. Jetzt aber richtig!“ Unter diesem Motto sind wir gemeinsam mit den Gewerkschaften am 1. Mai auf die Straße gegangen. Und ja, es wird Zeit, dass wir für unser Europa einstehen. Für ein Europa, das verbindet statt trennt, das schützt statt ausbeutet, das Chancen bietet statt Hindernisse aufzubauen. Dieses soziale, solidarische und gerechte Europa zu verteidigen und zu stärken ist unsere Aufgabe.

Europa muss ein Garant für gute ArbeitnehmerInnen-Rechte sein. Jeder muss in Europa von seiner Arbeit leben können, egal ob jung oder alt, egal ob er in Polen lebt oder in Deutschland. Deswegen stehen wir seit an Seit' mit den Gewerkschaften, die sich dafür einsetzen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ europaweit für alle Branchen umgesetzt wird. Grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping muss geahndet und bestraft werden und Mitbestimmung muss als ein soziales Grundrecht in Europa gestärkt werden.

Für uns ist klar: Menschen stehen vor Märkten. Deswegen: Am 26. Mai bei der Europawahl SPD wählen!

**Ihr  
Michael Müller  
Regierender Bürgermeister**



Am 6. April demonstrierten etwa 40.000 Berlinerinnen und Berliner gegen die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt. Sie alle eint ein Ziel: Berlin soll eine Stadt für alle bleiben.

Foto: Mathias Schulz

**IN DIESER AUSGABE**

**„EU: ÖKOLOGISCH UND SOZIAL“**

Berlins SPD-Spitzenkandidatin Gaby Bischoff im Interview **SEITE 3**

**EUROPA IST DIE ANTWORT**

Die wichtigsten Ziele im SPD-Programm **SEITE 4**

**ERFRISCHEND EUROPÄISCH**

SPD-Spitzenkandidatin Katarina Barley „lebt“ Europa **SEITE 5**

**ARBEIT DER ZUKUNFT**

SPD Mitte berät mit Gewerkschaften Trends und Regulierung **SEITE 8**

**SPD MITTE FÜR GRILLPLATZ**

Grillsaison startet in diesem Jahr auch im Volkspark Rehberge **SEITE 8**

## Schluss mit dem Mietenwahnsinn!

Effektiv, zielgerichtet und zügig umsetzbar: Der Berliner Mietendeckel

**Zu Tausenden ziehen sie durch ihre Stadt und fordern, in ihren Wohnungen bleiben zu können – zu anständigen Preisen, ohne „heraussaniert“ oder schikaniert zu werden. Berlinerinnen und Berliner gingen am 6. April auf die Straße, um auf die Missstände nicht nur in Berlin aufmerksam zu machen. Tausende taten es ihnen in den europäischen Großstädten gleich. Wohnen ist ein Grundrecht, doch viel zu oft wird auf dem Rücken der Menschen Rendite gemacht.**

Eva Högl, Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der SPD Mitte, Julian Zado, stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD, und Kilian Wegner, Sprecher des Arbeitskreises Soziale Stadt finden, dass neben Kaufen und Bauen ein dritter Hebel gegen Mietwucher nötig ist: Deckeln.

Der Ansatz ist neu und hat es in sich: Der Mietendeckel friert die Mieten für bezugsfertige Wohnungen ein. Für fünf Jahre zunächst. Angewendet werden soll er in besonders betroffenen Gebieten, eine Erweiterung auf die Stadtrandgebiete wie Marzahn-Hellersdorf ist vorstellbar. Aus Wegners Sicht ist die Lage in ganz Berlin so angespannt, dass sie diesen Eingriff in die Preisgestaltung am Mietmarkt rechtfertigt. Auch Bußgelder im Rahmen von 5.000 Euro bis zu 50.000 Euro stehen im Raum, wenn Vermieter die Mietgesetze nicht einhalten.

**VIEL ZUSPRUCH FÜR  
HÄRTERE MITTEL**

Die SPD in Berlin, allen voran in Mitte, bekommt viel Zuspruch für ihren Mut, auch härtere und unkonventionelle Mittel vorzuschlagen.

Damit begegnet sie zugleich all jenen, die zu Recht auf den Verkauf landeseigener Wohnungen vor 15 Jahren hinweisen. Zum einen ging es Berlin damals finanziell extrem schlecht, zum anderen standen viele Wohnungen leer, die Bevölkerungsprognosen wiesen nach unten. Dennoch halten auch innerhalb der Berliner Sozialdemokratie Junge wie Ältere den Verkauf nach wie vor für falsch.

Umso wichtiger ist es der SPD, nicht den Kopf in den Sand zu stecken und für wirksame Gegenmittel zu sorgen. „Seit der letzten Wahl hat der Wohnungsbau in Berlin bereits deutlich zugenommen. Das reicht aber bei weitem noch nicht, vor allem werden zu wenig Wohnungen mit bezahlbaren Mieten zwischen 7 und 10 Euro pro Quadratmeter fertiggestellt“, so Wegner. „Um in diesem Segment besser voranzukommen, müssen insbesondere die

landeseigenen Wohnungsgesellschaften mehr Mittel erhalten. Aber auch die Kooperation des Landes mit Baugenossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten Bauträgern ist noch stark ausbaufähig.“ Er würde sich beim Neubau ein entschlosseneres Handeln der zuständigen Bausenatorin wünschen.

Berlin hat als erstes Bundesland die Mietpreisbremse eingeführt. Diese wurde um mehr Rechte für die MieterInnen erweitert. Die Modernisierungumlage wurde auf höchstens 8 Prozent beschränkt und härtere Strafen gegen Wohnraum Spekulation wurden eingeführt. Die exorbitant steigenden Mieten zeigen, wie wichtig der Vorstoß des Mietendeckels für die Stadt ist.

js

**Mehr zum „Mietendeckel“  
finden Sie auf Seite 2  
und im Interview auf Seite 8**

## Wohnraum von Palermo bis Potsdam

SPD-Spitzenkandidatinnen Barley und Bischoff: EU soll Wohnungsbau fördern

Hohe Mieten sind nicht nur in Berlin ein Problem. Inzwischen drohen aus zahlreichen europäischen Innenstädten ganze Berufsgruppen wie Busfahrer oder Pflegepersonal verdrängt zu werden. Daher setzen sich auch die Spitzenkandidatinnen der SPD im Bund, Katarina Barley, sowie der Berliner SPD, Gaby Bischoff, für eine entsprechende EU-Gesetzgebung für bezahlbares und soziales Wohnen in Europa ein.

„Es gibt in ganz Europa eine Wohnungskrise. Wir brauchen von Palermo bis Potsdam schnell mehr sozialen Wohnraum“, forderte die Spitzenkandidatin der Bundes-SPD

jetzt. Barley plädiert wie Bischoff für Veränderungen im EU-Recht, um mehr Wohnraum zu schaffen. Dazu will sie den Schuldenpakt flexibler gestalten. Kommunen sollen mehr Geld für den Bau von Wohnungen ausgeben können und somit den Mietenanstieg und die Wohnungsnot in Europa bekämpfen. Eine weitere Möglichkeit sei, öffentliche Investitionen der Kommunen für bezahlbares Wohnen von den Maastricht-Kriterien auszunehmen, wodurch diese bei der Verschuldung der öffentlichen Haushalte anders berücksichtigt würden.

**Fortsetzung auf Seite 8**



Gaby Bischoff, Spitzenkandidatin der SPD Berlin zur Europawahl.

Foto: Götz Schleser

## Europa in Berlin-Mitte

Wie die Europäische Union unseren Alltag begleitet

Berlin-Mitte liegt nicht nur im „Herzen Europas“. An der Heidestraße, dem ehemaligen „Niemandland“ nördlich des Hauptbahnhofs, entsteht mit der Europacity ein neues Stadtquartier. Für Tausende Bürger\_innen aus den Mitgliedsstaaten liegt im Bezirk die Wahlheimat. Am Pariser Platz hat die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland ein „Zuhause“ gefunden.

Und Europa wirkt über unzählige Projekte vor Ort ganz praktisch und konkret am Alltag mit. In der letzten Förderperiode (2014–2020) standen dem Land Berlin 852 Millionen Euro zur Verfügung. In den letzten

20 Jahren sind auch mit ihrer Hilfe 30.000 Jobs entstanden.

Auch in den Kiezen wirkt die Europäische Union mit, so in der Selbsthilfefwerkstatt Moabit (Lehrter Straße 30). Ein großer Bedarf an sozialen Räumen, eine verfallene Garage und viel Engagement schafften den Nährboden für das Projekt. Mit Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wurde hier eine ehemalige Garage der früheren Berliner Granit- & Marmor-Werke in einen Ort nachbarschaftlicher Begegnung und Selbsthilfe verwandelt.

**Mehr auf S. 8: Hotspot im Wedding**

## KURZ NOTIERT

## SPD-FRAKTION WÄHLT

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Mitte (BVV) hat am 8. April turnusgemäß einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist Sascha Schug, der bisherige Vorsteher der BVV und Sprecher der Fraktion für Stadtentwicklung. Der BVV gehört er seit 2011 an. Er folgt in diesem Amt Martina Matischok nach, die der Fraktion als Verordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Ordnungsamt und Gleichstellung erhalten bleibt.

Susanne Fischer, Sprecherin für Wirtschaft, Arbeit, Ordnungsamt und Gleichstellung sowie Daniel Schwarz, jugendpolitischer Sprecher, wurden als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt. Andreas Hauptenbucher ist Fraktionskassierer. Neu im Vorstand als stellvertretende Vorsitzende ist Sonja Kreitmair, Sprecherin für Umwelt, Natur, Verkehr und Grünflächen. Sascha Schug: „Ich freue mich sehr auf die neuen Aufgaben und Herausforderungen, die mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2020/2021 schon sehr bald sehr konkret werden.“

## GRILLPLATZ IM WEDDING



Grillen fördert den sozialen Zusammenhalt und schafft Begegnungen ganz unterschiedlicher Anwohner\*innen. In Mitte leben viele Menschen, die keinen Balkon haben oder sich Ausflüge nicht leisten können. Die SPD Mitte hat sich gemeinsam mit den Fraktionsmitgliedern in der BVV erfolgreich dafür eingesetzt, dass – vorbehaltlich der aktuellen Waldbrandgefahr – zusätzliche Grillflächen genutzt werden können: Die zuständige Stadträtin Weißler richtet in der diesjährigen Saison eine Grillfläche im Volkspark Rehberge ein. *ms*

# Ausbeutung statt Selbstverwirklichung

SPD Mitte diskutiert gemeinsam mit Gewerkschaften über die Arbeit der Zukunft

**Das lebenslange Arbeiten in einem Betrieb ist mehr als ein Mythos, aber der Wechsel zwischen Festanstellung, Leiharbeit und Selbstständigkeit, zwischen Befristungen und Phasen ohne Arbeit gehört zum Lebenslauf vieler Menschen. Mehrere Wochen widmete die SPD Berlin-Mitte sich der Frage: „Wie wollen wir in Zukunft arbeiten?“**

In einer Themenwoche im vergangenen Oktober organisierte die SPD mit den Bürger\*innen an zahlreichen Orten im Bezirk Diskussionen über die Arbeitswelt und den sich abzeichnenden Umbruch durch Digitalisierung, Automatisierung und demografischen Wandel. Viele Menschen kamen zu den Gesprächen mit dem Betriebsratsvorsitzenden im Siemens Gasturbinenwerk Moabit, Günter Augustat, oder dem Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Björn Böhning.

## PARTNERSCHAFT LEBEN ...

Am 23. Februar lud die SPD Mitte zu einem besonderen Parteitag in das Moabiter Zentrum für Kultur und Urbanistik, bei dem die Ergebnisse der Themenwoche im Zentrum der Entscheidungen standen. Gemeinsam mit Micha Heilmann von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und Johanna Wenckebach von der IG Metall wurden Forderungen diskutiert, erarbeitet, abgestimmt: Wie soll sich



„Lohndiskriminierungen finden oft in kleinen Betrieben statt. Dort, wo es oft auch keine Betriebsräte gibt.“ Johanna Wenckebach von der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen auf dem Parteitag der SPD Mitte

Foto: Mathias Schulz

Arbeit verändern? Welche Sicherheit wollen wir in der digitalen Arbeitswelt? Welche Spielregeln brauchen Unternehmen?

## ... UM DIE ARBEIT VON MORGEN ZU GESTALTEN

Seit Jahren zeichnet sich ein Trend ab: der Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Etwa 70 % der Beschäftigten arbeiten heute in diesem Sektor. Während früher einfach- und mittelqualifizierte Tätigkeiten von Ratio-

nalisation betroffen waren, steigt dort der Bedarf danach. Auch der Bedarf nach akademischen Tätigkeiten steigt. Durch die zunehmende Flexibilisierung entzünden sich Arbeitszeitkonflikte nicht mehr nur zwischen Unternehmen und Beschäftigten oder innerhalb von Arbeitsteams, sondern auch im Beschäftigten selbst. Zeitstress und Überlastung können die Folge sein. Der nächste Strukturwandel steht mit der Digitalisierung ins Haus. Wir setzen uns für eine Stärkung der Tarifbindung und Mitbestim-

mung, eine Senkung der Wochenarbeitszeit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine Angleichung der Löhne von Frauen und Männern und eine Besserstellung von Beschäftigten bei Foodora & Co ein. Einig sind sich alle: Wenn der Markt alles regelt und Arbeitsbedingungen individuell verhandelt werden sollen, bleibt der Mensch auf der Strecke. *ms*

Alle Beschlüsse auf [www.spd-berlin-mitte.de](http://www.spd-berlin-mitte.de)

## Bezahlbarer Wohnraum Hotspot dank EU-Geld

Barley und Bischoff: EU soll Wohnungsbau fördern

Europäische Union im Wedding: Die Schillerbibliothek

## Fortsetzung von Seite 1

Die Spitzenkandidatinnen der SPD Barley und Bischoff fordern mehr bezahlbare Wohnungen: „Kommunen, die bei Neubauprojekten eine Quote von mindestens 30 Prozent sozial geförderter Wohnungen erreichen, sollten höhere Zuschüsse aus den EU-Strukturfonds erhalten.“ Sozialer Wohnungsbau scheitert häufig an strengen europäischen Wettbewerbsregeln. Barley, die als Bundesjustizministerin in der Großen Koalition für einen starken Mieterschutz im deutschen Recht kämpft, stellt sich

damit hinter Forderungen der europäischen Bürgerinitiative „Housing for All“. Mit dieser Bürgerinitiative sollen Regeln geschaffen werden, um Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen. Binnen eines Jahres will die Initiative eine Million Unterschriften sammeln, um einen leichteren Zugang zu bezahlbaren Wohnungen, eine Ausnahme öffentlicher Investitionen in bezahlbaren Wohnbau von den Maastricht-Kriterien, besseren Zugang zu EU-Mitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger sowie soziale und wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen zu erreichen.

**Mit der Schillerbibliothek hat die EU einen gesellschaftlichen Hotspot mitten im Wedding gefördert.**

„Zum Lernen und Arbeiten ist die Bibliothek für mich optimal: Sie ist über den Leo nicht nur super angebunden, sondern außerdem recht gemütlich und hat prima Öffnungszeiten“, so Markus, Student an der Humboldt-Universität. Doch nicht nur für ihn ist die Bibliothek neben dem Rathaus Wedding ein beliebter Treffpunkt. Neben über 60.000 Medien lockt sie Jung und Alt mit einem breiten Angebot an Veranstaltungen. Was viele nicht wissen: Bei der Wiedereröffnung hatte die

EU die Finger im Spiel. Zwar setzten sich schon in den 90er Jahren Mitglieder der BVV für einen Neubau ein. Allerdings befand sich der Bezirk in einer finanziellen Konsolidierungsphase, die wenig Spielraum für Baumaßnahmen ließ. Es gelang, mit dem Konzept einer zeitgemäßen Bibliothek am Knotenpunkt Leopoldplatz, Gelder aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) einzuwerben. Der EFRE ist ein Instrument der EU, um zwischen den Regionen Europas für Ausgleich zu sorgen und den sozialen Zusammenhalt in Europa zu fördern.

## „Berlin ist ein Spielplatz von Investoren und Kapitalanlegern“

Kilian Wegner, Co-Initiator des Berliner Mietendeckels, im Interview über die Möglichkeiten des Senats im Kampf gegen Mietwucher

**Ihr „Mietendeckel“ hat bundesweit für Furore gesorgt. Müssen die Bundesländer mutiger werden, wenn es um Instrumente gegen Wohnungsnot geht?**

Viele Zuständigkeiten im Kampf gegen die Wohnungsnot liegen beim Bund, so auch das Mietrecht. Aber mit Instrumenten wie dem kommunalen Wohnungsbau, dem Milieuschutz, dem Zweckentfremdungsrecht und dem öffentlichen Preisrecht stehen auch den Ländern Mittel zur Verfügung, die viel stärker als bisher zum Einsatz kommen müssen.

**Sprechen Sie sich für einen Deckel in ganz Berlin aus – auch in Spandau und Marzahn-Hellersdorf?**



Kilian Wegner, Mitglied im Vorstand des Fachausschusses Soziale Stadt der SPD Berlin

Foto: Mathias Schulz

Ja, aus meiner Sicht ist die Situation im gesamten Stadtgebiet angespannt. Das rechtfertigt einen staatlichen Eingriff in die Preisgestaltung.

**Wie kann ich mir das praktisch vorstellen? Schreibe ich morgen meinem Vermieter: Jetzt reicht's, Deckel her? Und gilt das nur bei Privaten oder auch bei Howoge und Co?**

Der Mietendeckel soll zunächst für fünf Jahre verbieten, die Mieten in bestehenden Verträgen zu erhöhen. Auch bei Neuverträgen sollte es einen Deckel in Höhe der ortsüblichen Miete plus 10 % geben. Eine höhere Miete ist gerichtlich nicht einklagbar. Diese Regelung

soll auch möblierte Wohnungen erfassen, nicht aber Neubauten und öffentlich geförderten Wohnraum.

**„Grundgesetzwidrig“, „Enteignung“: Sie haben viel Kritik einstecken müssen. Was entgegnen Sie den Kritikern der Wohnungswirtschaft?**

Der Berliner Wohnungsmarkt ist zu einem Spielplatz von Investoren und Kapitalanlegern geworden, die oft allein ihre Rendite im Blick haben. Das dürfen wir nicht länger dulden. Mit Enteignung hat das nichts zu tun. Wohnungen werden sich in Berlin auch zukünftig einträglich vermieten lassen. Rekordgewinne mit dem Wohnen garantiert das Grundgesetz nicht, im Gegenteil: Eigentum verpflichtet.